

Kommentar zur Konjunktur: Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Frühjahrsprognose 2026 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Freitag, den 10. April 2026 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2026 und 2027 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

40 Tage Krieg im Iran. Und nun doch ein zweiwöchiger Waffenstillstand, Verhandlungen mit den USA in Islamabad. Wird die Waffenruhe halten? Werden wieder Tanker durch die Meerenge von Hormus fahren? Wie viele? Gibt es eine Chance auf eine dauerhafte Lösung des Konfliktes?

Für Österreichs Wirtschaft sind das entscheidende Fragen. Die Antworten kennt niemand. Wir importieren fast 63% unseres Energieverbrauchs, und zwar fast zur Gänze in Form von Erdöl und Erdgas. Die Preise für diese existenziellen Güter sind seit Kriegsbeginn explodiert und liegen weiterhin auf hohem Niveau, auch wenn sie seit Mittwoch wieder gesunken sind.

Am Tag der Winterprognose, am 18. Dezember 2025, lag der Preis für ein Fass Öl der Sorte Brent bei etwa 60 \$, umgerechnet 51 €; aktuell liegen die Futures bei 97 \$ bzw. 83 €. Die Megawattstunde europäisches Erdgas kostete 28 €, heute Morgen hingegen knapp 45 €. Wir sprechen also von einem Preisschub von 60%.

Im Jahr 2025 betragen unsere Ausgaben für Energieimporte rund 10 Mrd. €, das sind fast 2% des BIP. Steigen die Importpreise im Jahresdurchschnitt um 60% an, und klammert man Multiplikatoreffekte aus, geht das BIP mechanisch um 1 Prozentpunkt zurück. Damit wären wir gefährlich nahe an einer Rezession. Kommt es in Islamabad zu einem dauerhaften Friedensschluss und wird die Straße von Hormus, durch die fast 20% der globalen Erdgas- und Erdölproduktion gehen, wieder gefahrlos befahrbar, und normalisieren sich die Preise, dann kommen wir mit einem blauen Auge davon, und die sich im letzten Halbjahr 2025 verfestigten Auftriebskräfte könnten weiterwirken.

Niemand kann die politischen Entwicklungen voraussagen. Daher arbeiten wir mit drei Szenarien. Im Hauptszenario unterstellen wir die Energiepreisentwicklung, wie sie auf den Futures-Märkten vor dem Waffenstillstand für 2026 und 2027 vorhergesehen wurden. Dahinter steht die Annahme, dass es noch vor dem Sommer zu einem haltbaren Friedensschluss kommt. Im Jahresdurchschnitt 2026 käme der Erdölpreis bei 88 \$ pro Fass zum Liegen. In unserem pessimistischen Szenario arbeiten wir abweichend davon mit einem Ölpreis von 106 \$ pro Fass, im

optimistischen Szenario von 73 \$. Und auch beim Erdgas rechnen wir mit einer Bandbreite von 39 € bis 64 € pro Megawattstunde, wobei 48 € unsere Setzung im Hauptszenario ist¹⁾).

Im Hauptszenario rechnen wir 2026 immer noch mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von 0,9%. Das ist $\frac{3}{10}$ Prozentpunkte weniger als im Dezember. Im pessimistischen Szenario sehen wir eine Stagnation; im optimistischen Szenario Wachstum von 1,1%. Aber **die Lage ist ernster, als der Blick auf das reale BIP suggeriert.** Letzteres misst die Produktion, nicht die Kaufkraft. Es ist also keine Maßzahl für die Wohlfahrt. Der Realwert des BIP, welches die höhere Verbraucherpreisinflation berücksichtigt, wächst in unserem Hauptszenario nur um 0,3% – das ist sehr nahe an der Stagnation. Im pessimistischen Szenario würde der Realwert sogar deutlich schrumpfen.

Das Problem ist die importierte Inflation. Sie treibt im Hauptszenario die Inflationsrate im laufenden Jahr auf 2,7% an. Im pessimistischen Szenario schießt die Inflation auf über 4% und bliebe auch 2027 nur knapp darunter. Im Vergleich mit dem Euro-Raum ist die Inflation in Österreich wieder höher, aber nicht wegen der Energiepreise, sondern ausschließlich aufgrund der höheren **Teuerung im Dienstleistungsbereich.**

Die sektorale Produktion bleibt durchwegs auf einem Pfad der konjunkturellen Besserung. **Die Sachgütererzeugung verliert $\frac{4}{10}$ % an Wachstum** im Vergleich zur Dezemberprognose, bleibt aber mit 1,2% ein Wachstumstreiber. **Die realen Warenexporte dürften nach dreijähriger Schrumpfung wieder wachsen.** Die US-Zölle sind nach dem Höchstgerichtsurteil aktuell wieder etwas niedriger und die neuen Handelsabkommen helfen – der EU-Mercosur-Deal dürfte ab 1. Mai vorläufig in Kraft treten. Anders im Bau. Dort dürfte es aufgrund höherer Energiepreise ein weiteres Jahr kein positives Wachstum zeigen. Einzig im Tourismus weisen wir im Hauptszenario eine leichte Revision nach oben aus, weil das Winterhalbjahr sehr erfreulich verlaufen ist.

Die nun wieder höhere Unsicherheit trübt auch das private Investitions- und Konsumverhalten. Im Hauptszenario müssen wir daher das Wachstum des realen Konsums um 0,3 Prozentpunkte auf 0,5% zurücknehmen, die Ausrüstungsinvestitionen um sogar 1 Prozentpunkt. Im pessimistischen Szenario würden die Investitionen um 1,7% schrumpfen.

Auch auf dem Arbeitsmarkt würde das langsamere Wachstum Spuren hinterlassen. Die Anzahl der aktiv unselbständig Beschäftigten schrumpft zwar selbst im pessimistischen Szenario nicht, aber **die Arbeitslosenquote steigt leicht an**, vor allem bei Frauen. Das macht uns Sorgen.

Selbst in unserem Hauptszenario würden die realen verfügbaren Haushaltseinkommen aufgrund der höheren Inflation stagnieren. **Die Nettoreallöhne, die schon 2025 aufgrund höherer Steuerlast im Durchschnitt leicht rückläufig waren, fallen auch 2026 weiter**, und zwar um 0,5%. 2027 werden sie stagnieren.

Der Ausblick ist also nicht gut. Die Inflation treibt die Importpreise massiv nach oben. Wie schon 2022 und 2023 steigen die Verbraucherpreise deutlich stärker, als die Preise der im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen: im Hauptszenario um 0,5 Prozentpunkte stärker, im pessimistischen Szenario sogar um fast 2 Prozentpunkte. Wenn Mieten, Sozialleistungen, Löhne,

¹⁾ Diese Szenarien bilden übrigens keine Extremfälle ab – kein Worst Case oder Best Case, sondern haben Eintrittswahrscheinlichkeiten, die wir als zweistellig einstufen.

Versicherungsprämien usw. mit der Verbraucherpreisinflation indexiert werden, droht unweigerlich der nächste negative Schock bei Wettbewerbsfähigkeit und Staatsfinanzen. Denn die besteuerbare und verteilbare nominelle Wertschöpfung expandiert mit dem so genannten BIP-Deflator und nicht mit dem Verbraucherpreisindex.

Kurzfristig muss es in der Wirtschaftspolitik um das Dämpfen der Inflation gehen, langfristig um einen noch konsequenteren Ausbau der heimischen Energieproduktion. Und, jetzt erst recht, um die Strukturreformen, die wir zu jedem Prognosetermin immer und immer wieder einmahnen.

Kurzfristig helfen diese aber nicht. Der Kampf gegen importierte Inflation ist schwierig. Es gibt schlicht keine heimische Maßnahme, die das Übel an der Wurzel packen könnte. Hyperventilieren an der Zapfsäule ist jedenfalls kontraproduktiv, zumal die Zahlen zeigen, dass der Preis für Benzin und Diesel gemessen im Vergleich zu anderen Preisen aktuell zwar hoch aber nicht exzessiv hoch ist.

Daher muss die Politik an die Transmissionsriemen gehen, die den Importschock in heimische Preise übertragen. Hier ist vor allem der Strommarkt zu nennen: höhere Gaspreise treiben auch die Preise erneuerbar erzeugten Stroms in die Höhe. Hier muss endlich eine Lösung her, etwa durch eine regelbasierte Umverteilung inframarginaler Renten an Haushalte und Industrie. Dazu hat das WIFO erst kürzlich Vorschläge gemacht. Im Vergleich zu 2022 hilft, dass der CO₂-Preis aktuell um fast 30 € je t niedriger ist.

Es ist gut, dass das Erneuerbare-Ausbau-Beschleunigungsgesetz nun endlich in die parlamentarische Beratung kommt. Es ist gut, dass der **Ausbau der Stromnetze** vorangetrieben wird. Letztes Jahr lagen die österreichischen Strompreise im Jahresdurchschnitt um 15% bis 20% über dem deutschen Niveau; das liegt an fehlenden Übertragungskapazitäten. Hier braucht es aber auch eine gesamteuropäische Anstrengung. Und die Vorteile des neuen Elektrizitätswirtschaftsgesetzes, vor allem die **Flexibilisierung von Verbrauch und Produktion**, müssen schnell in die Nutzung kommen. Ganz zentral wird sein, dass es nicht, wie im Sommer 2022, zu einer Panik auf dem Gasmarkt kommt, wenn sich EU-Länder und asiatische Gasverbraucher beim Einkauf des knappen Flüssiggases einen ruinösen Wettbewerb liefern. Dafür sollten jetzt sofort Gespräche zur Koordination der Vorgangsweise beginnen.

Die bereits unternommenen Anstrengungen zur Dämpfung der Inflation sind zu begrüßen, auch wenn die Regierung mit den konkreten Maßnahmen keine Schönheitspreise gewinnen kann und auch die Details zur budgetneutralen Umsetzung teilweise noch unklar sind. In Summe können sie die Inflationsrate um 0,5 bis 0,6 Prozentpunkte senken. Das ist in unserer Inflationsprognose bereits eingepreist. **Jetzt wird entscheidend sein, dass die Weitergabe etwa der Mineralöl- oder Mehrwertsteuersenkung an die Konsument:innen auch tatsächlich stattfindet.** Dafür braucht es ein wirksames Monitoring und gegebenenfalls eine Nachschärfung der Instrumente.

Vor allem geht es um funktionierenden Wettbewerb, nicht nur auf dem Treibstoffmarkt. In Deutschland erhielt das Bundeskartellamt die Möglichkeit, auf Grundlage von Branchenuntersuchungen faktenbasiert und evidenzgestützt gezielt einzugreifen. In Österreich hingegen enden Sektoruntersuchungen bislang lediglich mit einem Bericht der Bundeswettbewerbs-

behörde; konkrete Abhilfemaßnahmen sind nicht vorgesehen. Hier sollte die österreichische Politik nachbessern.

Wir haben die Präsentation unserer Frühjahrsprognose heuer auf den April verschoben, um die bestmögliche Datenbasis für unsere Abschätzungen zu haben. Auf dieser Basis wird der Finanzminister in die Erstellung des Doppelbudgets für 2027/28 gehen. **Es ist wichtig, die Konsolidierung weiterzuführen. Sie ist ohnehin nicht besonders ambitioniert.** Gerade die aktuelle Krise zeigt, wie wichtig es ist, budgetäre Spielräume zu haben. Die langfristigen Zinsen sind nach dem Kriegsausbruch um 50 Basispunkte gestiegen und liegen heute immer noch um 30 Basispunkte über dem Niveau vom 27. Februar. Allein dieser Zinsschub kostet, wäre er dauerhaft, langfristig 1,3 Mrd. €. Und auch zur Inflationsbekämpfung ist öffentliche Sparsamkeit hilfreich. Dazu nun noch etwas mehr Details von Margit Schratzenstaller.

Auch für die Budgetprognose gibt es drei Szenarien. Im Hauptszenario ändert sich gegenüber der Prognose vom Dezember 2025 kaum etwas. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit bleibt 2026 und 2027 so gut wie konstant, mit 4,1% 2026 bzw. 4,0% 2027. Zwar schlagen die eingetrübten Konjunkturaussichten auch auf das Budget durch. Aber weil der Vollzug 2025 besser war als erwartet – mit einem Defizit von 4,2% des BIP statt 4,5% –, ist die Ausgangssituation für 2026 entsprechend günstiger.

Im optimistischen Szenario wären die Defizite für 2026 und 2027 geringfügig niedriger. Das pessimistische Szenario würde dagegen vor allem für 2027 ein deutlich höheres Defizit als im Hauptszenario bedeuten: Mit 4,9% des BIP wäre es fast 1% des BIP höher.

Heute wird auch die mittelfristige Prognose veröffentlicht. Danach wird ohne weitere Konsolidierungsmaßnahmen über den gesamten Prognosezeitraum, also bis 2031, das Defizit zwischen 3,7% und gut 4% des BIP erreichen.

Diese Budgetprognose bedeutet zusätzlichen Konsolidierungsbedarf für die nächsten Jahre. Und die Budgetspielräume bleiben äußerst beschränkt.

Vier Prinzipien müssen daher die mittelfristige Budgetpolitik leiten.

Erstens, jede Maßnahme, die höhere Ausgaben oder Einnahmehinfortfälle mit sich zieht, braucht eine Gegenfinanzierung.

Zweitens, Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreiskrise sollen budgetneutral sein. Das Motto "Whatever it takes" ist budgetär nicht tragfähig. Zudem sind breit angelegte Entlastungsmaßnahmen sozial nicht treffsicher, und sie können darüber hinaus die Inflation anheizen. Die Spritpreibremse, die nur die Mehrwertsteuermehreinnahmen zurückverteilt, ist insofern vertretbar, als sie budgetneutral ist und die Inflation etwas senkt – wenn sie auch wenig sozial treffsicher ist. Insgesamt sollte das Potenzial von Entlastungsmaßnahmen, die das Budget nicht belasten, stärker genutzt werden – Beispiel temporäre Senkung des Tempolimits.

Drittens, kurzfristige Konsolidierungsmaßnahmen, die es für das Doppelbudget 2027/28 braucht, müssen dringend mit Strukturreformen flankiert werden: im Föderalismus (Gesundheitssystem, Fördersystem, Bildungswesen), und im Pensionssystem.

Und viertens, Spielräume für aufkommensneutrale Strukturverbesserungen sind stärker zu nutzen. Ein Beispiel: Eine Senkung der Lohnnebenkosten oder allgemein der hohen Abgaben auf

die Arbeit kann durch die Erhöhung anderer Abgaben mit weniger schädlichen Wirkungen gegenfinanziert werden – etwa im Abtausch der Kommunalsteuer gegen eine höhere Grundsteuer auf Gemeindeebene; oder des FLAF-Beitrags durch den Abbau von klimaschädlichen Subventionen (wie das Dienstwagenprivileg) oder anderer Steuerausnahmen. Ein weiteres Beispiel: Eine Reduktion des großzügigen Familienbonus Plus zur Finanzierung des weiteren Ausbaus der Kinderbetreuung, der konsolidierungsbedingt ins Stocken zu geraten droht.

Wien, am 10. April 2026

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.